A12 Integration - Alle gehören dazu

Antragsteller*in: Rike Schiele, Christian Huber
Tagesordnungspunkt: 2.3 Soziales und Kultur

Text

Damit die Integration von Migrant*innen gelingt, kommt es entscheidend darauf an, dass in unserem Landkreis die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Wir setzen auf dezentrale Unterbringung, um Geflüchtete in einem guten nachbarschaftlichen Umfeld zu integrieren. Ankerzentren, wie sie in Fürstenfeldbruck betrieben werden, lehnen wir strikt ab. Viele der Geflüchteten sind durch ihre Erlebnisse im Herkunftsland und auf dem Fluchtweg schwer traumatisiert. Die Unterbringung in Massenunterkünften führt zu enormen psychischen Belastungen, schwerwiegenden Retraumatisierungen und der Verfestigung psychischer und seelischer Erkrankungen.

Diskriminierung und Gewalt sind ein strukturelles Problem der Massenunterkünfte. Je größer die Einrichtung ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von gewalttätigen Übergriffen. Anonymität, mangelnde Privat- und Intimsphäre, fehlende Schutz- und Rückzugsmöglichkeiten, keine abschließbaren Sanitär- und Schlafräume, die gemeinsame Nutzung von Zimmern mit Fremden ist Bestandteil des Lebens in die ANKER-Einrichtungen. Zudem führen der hohe Geräuschpegel, der Mangel an Tagesstruktur und Beschäftigung, die Kasernierung und Isolierung von der Gesellschaft, eingeschränkte Rechte und die kontinuierliche Kontrolle der Privaträume zu Aggression und Stress. Daraus ergibt sich oftmals ein schrittweiser Verlust von Würde und Autonomie und vor allem Perspektivlosigkeit.Durch Überwachung, massive Kontrollen, Besuchsverbote und Stacheldrahtzäume werden Geflüchtete kriminalisiert. Die Abschottung hat zu Folge, dass den Bewohner*innen der wichtige Kontakt zur Bevölkerung, zu Unterstützer*innen und Beratungsangeboten versperrt bleibt. Diese Vorgehensweisen lehnen wir rigoros ab.Wir unterstützen die Arbeit der Beiräte für Migration und Integration als wichtige kommunale Beteiligungs- und Selbstvertretungsgremien und die Arbeit der kommunalen Integrationsbeauftragten in unserem Landkreis. Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Leitlinien zur Integration und gesamtheitliche Integrationskonzepte entwickelt werden.Integration findet vor Ort statt – für uns zählt dabei Verbindendes, nicht Trennendes. Wir setzen auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Landkreis, Kommunen, Ehrenamtlichen, Integrationsbeiräten und sozialen Organisationen.

Wir GRÜNE wissen um die politischen Herausforderung der Integration. Wir sehen aber auch die damit verbundenen Chancen und nutzen Potenziale. Deshalb fordern wir auch weiterhin gerade in unserem Landkreis Fürstenfeldbruck eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten, die auf die Möglichkeit zu einem fairen Verfahren, Stärkung der Potenziale und Integration und Teilhabe von Anfang an abzielt. Die Asylsuchenden müssen von Anfang an in ihrer Autonomie bestärkt werden, ihr Leben in der Aufnahmegesellschaft selbst zu gestalten. Aus diesem Grund gilt es in allen Lebensbereichen – von den Bildungseinrichtungen über den Arbeits- und Wohnungsmarkt bis hinein in den Bereich der Kultur, der Medien, der Vereine und des Sports – Zugangs-, Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten für alle hier lebenden Menschen zu eröffnen. Wir GRÜNE fordern ausdrücklich, dass das Bundesrecht, nämlich das Recht auf Arbeit für Flüchtlinge nach Ablauf von 3 Monaten Aufenthalt in Deutschland, konsequent und

ohne Umwege in unserem Landkreis umgesetzt wird. Darüber hinaus muss die 3+2 Regelung endlich Berücksichtigung finden, was auch von zahlreichen Ausbildungsbetrieben immer wieder angemahnt und gefordert wird. Gerade bei Asylsuchenden, die an ihrer Identitätsklärung mitwirken und sich erkennbar um Arbeit bemühen, ist die Ausbildungs- bzw. Arbeitserlaubnis - unabhängig vom Aufenthaltsstatus - nicht zu verwehren. Die Praxis zeigt, dass Asylsuchende, die einen negativen Bescheid auf ihre Asylanfrage erhalten, nicht zwangsweise gleich abgeschoben werden. Viele Verfahren dauern über Jahre bevor die Abschiebungen in der Praxis vollzogen werden. Diese Menschen ohne Arbeitserlaubnis in den Asylbewerberheimen ohne Aufgabe zu lassen belastet in jeglicher Hinsicht unnötig den Steuerzahler. Für alle Beteiligten haben Ausbildungs- und Arbeitserlaubnisse viele Vorteile.

Sowohl für die hier lebenden, als auch für die Geflüchteten, selbst wenn es in Einzelfällen nur eine Art von "Integration und Verdienstmöglichkeit auf Zeit" darstellt.

Wir GRÜNE sprechen uns klar und deutlich gegen Abschiebungen nach Afghanistan aus.